

# „Israel ist durch den Arabischen Frühling noch isolierter“

Die Nahostexpertin Muriel Asseburg über die **Chancen auf Frieden** und Deutschlands Rolle im Nahostkonflikt

Seit der Gründung des Staates Israel 1948 geht die Geschichte des Landes mit Krieg und Vertreibung einher. Vor allem aber der ständige Konflikt zwischen jüdischen und arabischen Bewohnern der Region, die unbefriedigende Lage in den Palästinensergebieten sowie die israelische Siedlungspolitik sind Dauerbrenner in den Nachrichtenzentralen der Welt. Wir haben zu diesem Thema Muriel Asseburg befragt, die eine Forschungsgruppe leitet über den politischen und gesellschaftlichen Wandel im Nahen Osten.

**P.M. HISTORY: Frau Asseburg, der Arabische Frühling hat die Lage im Nahen Osten radikal verändert. Stehen die Chancen auf Frieden zwischen Israelis und Palästinensern heute besser oder schlechter?**

**Muriel Asseburg:** Deutlich schlechter. Die Konfliktparteien haben auf die unsichere Lage ähnlich reagiert: Sie beharren auf ihrem Standpunkt, gehen nicht auf die andere Seite zu.

**Wen meinen Sie konkret?**

Allen voran die israelische Regierung und die Palästinensische Autorität im Westjordanland. Die Hamas muss man sich differenzierter anschauen. Bei den Islamisten gibt es derzeit am meisten Bewegung.

**Ausgerechnet Hamas? Die Israelis weigern sich, mit ihr offiziell zu verhandeln, und zu ihren Unterstützern zählt der israelfeindliche Iran.**

Bewegung gibt es vor allem bei der Hamas im Exil. Sie hat infolge des Bürgerkriegs in Syrien ihr Hauptquartier aus Damaskus ins katarische Doha verlegt – dies war auch eine Absage an iranischen Druck, sich auf Seiten des syrischen Regimes zu stellen. Ihre Führungsperson, Khaled Meshaal, sieht die neue Situation auch als Chance für innerpalästinensische Aussöhnung und ein Ende der Isolation durch den Westen. Bei der Hamas im Gazastreifen überwiegen allerdings andere Interessen, da geht es vor allem um Machterhalt.

**Auf der anderen Seite gibt es Druck auf die Regierung in Jerusalem: Die USA fordern die Regierung zu Friedensgesprächen auf. Der NATO-Staat Türkei hat Israel sogar offen gedroht. Muss Israel jetzt Kompromisse schließen?**

Ich sehe nicht, dass Obama die Lösung des Konflikts zur Priorität erklärt hätte. Wenn es darauf ankommt, stehen die USA auf Israels Seite. Dies war etwa der Fall bei der Frage, ob die UNO Palästina als Vollmitglied oder Beobachterstaat aufnimmt. Und die Türkei? Die freut sich derzeit über die ersten israelischen Waffenlieferungen seit 2010.

**Also kann sich die Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu entspannt zurücklehnen?**

Nein, denn die Unsicherheit in der ganzen Region hat enorm zugenommen. Und Israel steht durch den Arabischen Frühling noch isolierter da

als zuvor. Es hat in der Region keine Partner mehr, auf die es sich verlassen kann, wie es etwa mit Präsident Mubarak der Fall war.

**Was müsste jetzt passieren, um Friedensgespräche in Gang zu bringen, die ihren Namen zu Recht tragen?**

Dazu müssten mehrere Faktoren erfüllt sein: Es müsste eine aktive Vermittlung unter Führung der USA geben, die Parameter einer Lösung müssten von vornherein abgesteckt werden, die Schritte auf dem Weg dorthin klar definiert sein, entsprechende Aufsichtsmechanismen etabliert werden – wie es eigentlich in der sogenannten Road Map aus dem Jahre 2003 vorgesehen war. Und es müsste klar ausbuchstabiert werden, was die Folgen eines Scheiterns von Verhandlungen im vorgegebenen Zeitrahmen wären.

**Wird es zu solchen Gesprächen bald kommen?**

Das halte ich für sehr unwahrscheinlich. Denn erstens beschäftigen sich Politiker gern mit Themen, die Erfolg versprechen, und das ist beim Friedensprozess nicht so. Zweitens würde das nicht ohne Druck funktionieren. Dies aber ist politisch schwierig – in den USA auch auf der innenpolitischen Ebene.

**Deutschland pflegt gute Beziehungen zu arabischen Staaten und zu Israel. Ist das ein Vorteil, um den Konflikt zu beeinflussen?**

Das ist ein großer Vorteil. Aber man muss ihn auch nutzen. Wenn die deutsche der israelischen Regierung etwas

mitteilt, oft informell per Telefon, dann wird das in Jerusalem sehr wohl wahrgenommen. Als sich Deutschland beispielsweise bei der Aufwertung des Status von Palästina in der UNO-Generalversammlung der Stimme enthielt, hat das in Israel viel Aufruhr erzeugt. Aber Deutschland allein kann nicht die Rolle der USA übernehmen.

**Und die EU?**

Unwahrscheinlich. Zum einen haben die USA in der Vergangenheit klargemacht, dass das „ihr“ Konflikt ist. Zum anderen ist die EU strukturell nicht in der Lage, eine so komplexe Außenpolitik zu machen. Die EU3 sind sich nicht einig, wie Fortschritte erzielt werden können. Und der EU-Sonderbeauftragte etwa kann nicht das dafür erforderliche politische Gewicht aufbringen.

**Woher kann dann die Initiative zum Frieden kommen? Könnte sich der alte Krieger Benjamin Netanjahu zum Friedensbringer wandeln?**

Sehr unwahrscheinlich. Nach den jüngsten Wahlen, bei denen seine Likud-Partei große Verluste verbuchte, hat er zwar angekündigt, er wolle Friedensgespräche führen. Aber wenn wir uns die Ideologie der Partei und seine Politik in den vergangenen Amtszeiten anschauen, dann erscheint mir sein Bekenntnis zur Zweistaatenregelung als rein taktisch. Im Gegenteil: Netanjahu hat dazu beigetragen, die Zweistaatenregelung unwahrscheinlich zu machen.

**Gibt es überhaupt noch nennenswerte Kräfte in Israel, die auf Frieden drängen?**

Tragischerweise sind diese Kräfte heute an den Rand gedrängt. Im jüngsten Wahlkampf hat keine Partei – außer der neuen Partei der ehemaligen Kadima-Vorsitzenden Tzipi Livni – den Friedensprozess zum Hauptthema erkoren.

**Was ist mit dem politischen Aufsteiger, dem Ex-Journalisten Yair Lapid? Seine Partei Jesch Atid erlangte bei den jüngsten Wahlen aus dem Stand die zweitmeisten**

**Stimmen und verkauft sich als Kraft der Mitte.**

Bislang hat Lapid kein Konzept vorgelegt, dass darauf schließen lassen würde, dass mit ihm ein Neuanfang im Friedensprozess Erfolg versprechend wäre. Auch ist es ein deutliches Signal, wenn er seine erste außenpolitische Rede ausgerechnet in einer Siedlung in den besetzten Gebieten hält. Und dann noch in Ariel, also einer Siedlung, die weit in die West Bank hineinragt und deren Zukunft daher auch bei einem Landtausch besonders umstritten wäre.

**Die Zahl der Siedler wächst seit Jahrzehnten. Kann eine israelische Regierung überhaupt noch gegen sie Politik machen?**

Theoretisch ist es schon möglich, die Siedler zurückzuholen. Praktisch ist es sehr, sehr schwierig. Denn heute leben im Westjordanland und Ostjerusalem rund eine halbe Million Siedler; ein beträchtlicher Teil müsste im Zuge eines Landtausches umgesiedelt werden. Man müsste also die israelische Politik seit dem Ende des sogenannten Sechstage-Krieges 1967 umkehren.

**Klingt, als gäbe es keine Chancen auf Annäherung.**

Das ist eine politische Entscheidung. Erhielte die Armee den Befehl, Siedlungen zu schließen, würde sie gehorchen. Bei der Räumung des Gazastreifens 2005 klappte das ja auch – und sogar mit weit weniger Gewalt, als viele vorhergesagt hatten.

**Heute ist schon jeder fünfte israelische Bürger arabischer Herkunft, auch die Bevölkerung in den besetzten Gebieten wächst schneller als in Israel. Ist die Umsetzung der Zweistaatenlösung Israels letzte Möglichkeit, sich als „jüdischer Staat“ zu behaupten?**

Vielen Israelis erscheint der Konflikt und die Palästinenser (zumindest phasenweise) weit weg: wegen des Grenzzauns und weil es kaum noch Arbeitsgenehmigungen für Palästinenser in Israel gibt. Die große Mehrheit ist zwar



**Dr. Muriel Asseburg** arbeitet bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Die SWP berät unter anderem die Bundesregierung. Die 44-Jährige ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika. Das Interview führte P.M. HISTORY-Autor Matthias Lohre

prinzipiell für die Zweistaatenlösung, hat aber keine Hoffnung, dass diese umgesetzt werden kann. Und selbst wenn die Zweistaatenlösung käme: Die meisten Israelis glauben nicht, dass dadurch Frieden einzöge und sich ihre Sicherheit verbessern würde.

**Eine klassische Vogel-Strauß-Taktik.** Richtig. Aber diese Haltung haben israelische Regierungen der Bevölkerung seit dem Abzug aus dem Südlibanon im Jahr 2000 und dem folgenden Abzug aus dem Gazastreifen 2005 eingetrichtert. Nach dem Motto: „Ihr seht ja, was passiert, wenn wir uns aus besetzten Gebieten zurückziehen. Der Dank dafür ist Terror.“

**Können Sie sich da überhaupt vorstellen, dass es in absehbarer Zeit eine Friedenslösung gibt?**

Überraschende Wendungen sind nicht ausgeschlossen. Vor dem Besuch des ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat in Jerusalem 1977 konnte sich auch niemand vorstellen, dass sein Land und Israel Frieden schließen würden. Ich halte eine dauerhafte Regelung noch immer für möglich. Aber sie wird mit jedem Tag schwieriger. ●

## Die Kräfte, die Frieden wollen, sind an den Rand gedrängt